

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel. 0221/16 79 39 45
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Layout: Holger Deilke

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00

Putschversuch des Militärs und seine Folgen: Erdoğan im Ausnahmezustand

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli versuchte ein Teil des türkischen Militärs, durch einen Putsch die AKP-Regierung zu stürzen und die Macht in der Türkei zu übernehmen. Dieser Versuch ist misslungen. Die rasche offizielle Deutung über die Drahtzieher des Putsches: Fethullah Gülen, seit 1999 in den USA lebendes Oberhaupt der islamischen nach ihm benannten Sekte, war einst Wegbegleiter und Förderer von Erdoğan. 2013 kam es zum Bruch dieser Beziehung. Erdoğan war die Gülen-Bewegung zu stark geworden, diese wiederum hatte Korruptionsvorwürfe gegen die Erdoğan-Familie öffentlich gemacht.

Den Umsturzversuch nutzt der türkische Autokrat für sein lang gehegtes Ziel, die Alleinherrschaft zu übernehmen.

Nachfolgend Zitate und Ereignisse:

Erdoğan: „Der Putschversuch war ein Geschenk Allahs. Er beschleunigt die Reinigung unseres Militärs.“ Der gescheiterte Aufstand diene nun dazu, „dass unsere Streitkräfte, die vollkommen rein sein müssen, gesäubert werden.“

Erdoğan: „In allen Behörden des Staates wird der Säuberungsprozess von diesen Viren fortgesetzt. Denn dieser Körper, meine Brüder, hat Metastasen produziert. Leider haben sie wie ein Krebsvirus den ganzen Staat befallen.“

Erdoğan: „Wir werden das Gülen-Geschwür beseitigen.“

Ministerpräsident Binali Yıldırım am 16. Juli im Parlament: „Jedes Land, das jetzt noch Fethullah Gülen und seine Bewegung unterstützt, werden wir als im Kriegszustand mit der Türkei betrachten.“

Erdoğan: „Mein liebes Volk, gib nicht den heroischen Widerstand nicht auf, den du für dein Land, deine Heimat und deine Fahne gezeigt hast.“

Erdoğan's Anhänger gehen – Stirnbänder mit seinem Namen, türkische Fahnen tragend, Symbole der faschistischen Grauen Wölfe zeigend sowie „Allahu Akbar“ schreiend auf die Straßen türkischer Städte.

Sechs Soldaten, die sich ergeben hatten, wurden auf der Bosphorusbrücke gelyncht.

Tweet: „Schneidet ihnen die Kehlen durch! Werft sie von der Brücke, übergebt sie nicht der Polizei!“

Tweet: „Unser Aufstand gegen die Verräter ist nicht für die Demokratie. Unser Aufstand ist für die Scharia, für die Fahne, für das Vaterland und für die Ehre.“

Erdoğan, an die Anhänger Gülens gerichtet: „Egal, wohin sie fliehen, wir sind ihnen auf den Fersen.“ Immer wieder fordert Erdoğan die USA dazu auf, den Prediger Gülen an die Türkei auszuliefern.

Veysel Taşkın, stellv. Vorsitzender des Basketballclubs Trabzonspor über die Putschisten: „Eigentum und Frauen der Hurensöhne sind ab heute Kriegsbeute der Nation.“

In seiner Partei AKP wird Erdoğan inzwischen nur noch mit „Führer“ angedet.

Auf Erdoğan's Geheiß wurde nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 21. Juli der Ausnahmezustand zunächst für drei Monate ausgerufen – Verlängerung nicht ausgeschlossen. Außerdem wurde die Europäische Menschenrechtskonvention teilweise ausgesetzt. Mögliche Ausnahmezustandsmaßnahmen :

Ausgangssperren, Verbot des Fahrzeugverkehrs zu bestimmten Zeiten oder in bestimmten Gebieten, Verbote von Versammlungen und Demonstrationen, Durchsuchung von Personen, Wohnungen oder Fahrzeugen und Beschlagnahmungen, Abriegelung oder Evakuierungen, Kontrolle des Verkehrs zu Land, Meer oder Luft, Verbot von Zeitungen, Büchern und anderen Druckerzeugnissen, Kontrolle aller Arten von Rundfunk- oder TV-Ausstrahlungen.

(Zur EU-Menschenrechtskonvention: in Artikel 15 ist das „Abweichen im Notstandsfall“ geregelt. Danach kann jede „Hohe Vertragspartei“ Maßnahmen treffen, die von den vorgesehenen Verpflichtungen abweichen, aber nur „soweit es die Lage unbedingt erfordert und wenn die Maßnahmen nicht im Widerspruch zu den sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei stehen“. Was aber ebenfalls in Art. 15 festgeschrieben ist: Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, das Sklaverei-Verbot und der Grundsatz: „keine Strafe ohne Gesetz“.)

Erdoğan bekräftigt seine Bereitschaft zur Wiedereinführung der Todesstrafe: „Ich werde sie billigen.“ Auf Kritik vonseiten der EU: „Die Welt ist nicht nur die Europäische Union.“ Auf kritische Reaktionen der EU: „Sie haben definitiv nicht das Recht, die Türkei zu kritisieren.“

Erdoğan erklärt in der Nacht zum 22. Juli in Ankara: Zahl der Festnahmen seit dem Putschversuch auf mehr als 10 000 gestiegen; 10 410 Verdächtige bei Razzien festgenommen; 4060 von ihnen in U-Haft.

Yasin Aktay, Sprecher der AKP: Bei den Festgenommen handele es sich um 7423 Soldaten, 287 Polizisten, 2014 Richter und Staatsanwälte sowie 686 Zivilisten. Unter

den festgenommenen Soldaten seien 162 Generäle – nahezu die Hälfte aller Generäle der NATO-Armee.

[Etwa 10 Tage vor dem Putsch wurde im türkischen Parlament mit der Mehrheit der AKP ein Gesetz verabschiedet, wonach die Gerichte neu besetzt (und durch Erdoğan-Anhänger ersetzt) werden sollen. Betroffen davon waren alle Richter des türkischen Kassationsgerichts (Yargıtay) sowie des obersten Verwaltungsgerichts (Danıştay), der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK). Außerdem wurde das Kassationsgericht von 516 auf 310 Richterstellen reduziert und das oberste Verwaltungsgericht von 176 auf 116 – alles Maßnahmen zur stärkeren Kontrolle durch das Regime. „Gibt es in der Türkei eine Justizbehörde, die eine Untersuchung gegen Erdoğan einleitet?“ hatte damals der Ko-Vorsitzende der prokurdischen HDP, Selahattin Demirtaş gefragt, die er beantwortete: „Gibt es nicht.“ Allein ihm drohen ca. 87 Strafverfahren wegen politischer Delikte, u. a. auch Beleidigung des Präsidenten.]

Das **Bildungsministerium** suspendierte einem Bericht des Fernsehsenders NTV zufolge mehr als 15 000 Mitarbeiter*innen vom Dienst und die Hochschulverwaltung forderte 1577 Dekane und Rektoren sämtlicher Universitäten zum Rücktritt auf. Zuvor schon waren nahezu 20 000 Angehörige von Polizei, Verwaltung, Justiz und Armee festgenommen oder abgesetzt worden.

Das **AKP-Regime** verfügt eine Woche nach dem Putschversuch Ausreiseverbote und verschärft Kontrollen für türkische Staatsbürger*innen. Wegen angeblicher Fluchtgefahr wurden von mehr als 10 000 Menschen die Reisepässe eingezogen. Staatsangestellte müssen, bevor sie das Land verlassen wollen, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ihrer Behörde vorlegen. Das gilt auch für Ehepartner und Kinder. Allen Staatsbediensteten wurde der Urlaub untersagt und diejenigen, die sich im Ausland befinden, die Rückkehr angeordnet. Sie dürfen nicht mehr nach Nordzypern und Georgien reisen, wo kein Reisepass erforderlich ist.

Bekir Bozdağ, Justizminister wies am 22. Juli gegenüber dem Sender CNN Türk erneut darauf hin, dass das Volk die Todesstrafe verlange. „Wir werden diese Forderung auf der Grundlage des Rechts prüfen, und nicht auf der Grundlage dessen, was die EU sagt.“

Erdoğan ordnete am 22. Juli an, dass im Gedenken an die Opfer der Militärrevolte der 15. Juli als „Tag der Märtyrer“ begangen werden soll. Künftige Generationen sollten „niemals die heldenhaften Zivilisten, Polizisten und Soldaten“ vergessen, die „demokratischen Widerstand geleistet“ hätten.

Erdoğan unterzeichnete am 23. Juli das erste Dekret seit Einführung des Ausnahmezustands, mit der er die Schließung von 2341 Einrichtungen anordnete, darunter 1000 Privatschulen, die der Gülen-Bewegung zugeordnet werden. Von der Schließung weiter betroffen sind der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu zufolge auch 1229 Wohltätigkeitsorganisationen und Stiftungen, 19 Gewerkschaften, 15 Universitäten und 35 medizinische Einrichtungen. Außerdem verfügte er, dass Verdächtige ab sofort ohne Anklage 30 Tage in Polizeigewahrsam gehalten werden dürfen, bis sie einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. Bisher waren hierfür maximal 4 Tage möglich. Dem Dekret muss das Parlament – mit einfacher Mehrheit, über die die AKP verfügt – noch zustimmen. Damit sind seit dem Putschversuch rund 60 000 Soldaten, Beamte, Lehrer, Angestellte und Soldaten suspendiert oder festgenommen worden.

Premier **Binali Yıldırım** verkündete am 23. Juli, dass es keine Präsidentengarde mehr geben werde; einen Tag zuvor wurden 283 Mitglieder festgenommen. Auch diese Elite-Einheit soll von Putschisten unterwandert worden sein.

In Deutschland greifen mutmaßliche Anhänger Erdoğan's und neofaschistische „Graue Wölfe“ Einrichtungen an, die sie der Gülen-Bewegung zuordnen. Davon betroffen war laut der Nachrichtenagentur Reuters ein Jugendtreffpunkt in Gelsenkirchen. Bedroht wurden darüber hinaus linke, kurdische und alevitische Einrichtungen. In mehreren Städten, z.B. Berlin, Hamburg, Nürnberg und Dortmund gab es Kundgebungen. In ihren Aufrufen distanzieren sie sich sowohl von dem Putsch als auch von dem Staatsstreich Erdoğan's. Deren gemeinsames Ziel sei ein „Genozid“ an der kurdischen Bevölkerung. Sie forderten auch die Freilassung von Abdullah Öcalan, der seit 16 Monaten in Isolationshaft gehalten wird und dessen Leben sie gefährdet sehen.

Cem Özdemir, Grünen-Vorsitzender in der Bild am Sonntag v. 23. Juli: „Es gibt leider auch eine Art türkische Pegida in Deutschland, die wir genauso behandeln müssen wie die uns bekannte.“

Volker Beck (MdB, Die Grünen) kritisierte besonders den türkischen Moschee-Dachverband DITIB und forderte eine stärkere Auseinandersetzung mit diesem. Mit Verweis auf den Predigttext eines Imam, sprach er von einem nationalistischen, politischen Machwerk, das den Konflikt in die muslimische Gemeinden Deutschlands trage.

42 Journalist*innen wurden am 25. Juli festgenommen

Erdoğan ließ per Dekret am 27. Juli drei Nachrichtenagenturen, 16 Fernseh- und 23 Radiosender, 45 Zeitungen, 15 Magazine und 29 Verlage schließen.

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident am 25. Juli gegenüber dem französischen Sender France 2: „Ich glaube, dass die Türkei im derzeitigen Zustand nicht in der Lage ist, in Kürze beizutreten – im übrigen auch nicht über einen längeren Zeitraum.“ Für den Fall, dass die Todesstrafe wieder eingeführt werden sollte, werde die EU die Beitrittsverhandlungen sofort stoppen.

Amnesty International: Scharfe Vorwürfe, dass Festgenommene in Polizeigewahrsam durch Sicherheitskräfte zum Teil schwerstens gefoltert werden. Es wird gefordert, dass unabhängigen Beobachter*innen der Zugang zu allen Einrichtungen ermöglicht wird.

Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Uni Mainz, t-online.de am 26. Juli: „Der Säuberungsprozess und die Gleichschaltung der Medien wird weitergehen.“ Die Opposition werde in den Institutionen keinerlei Chance mehr haben. „Durch den Ausnahmezustand ist er (*Erdoğan; AZADÎ*) de facto bereits jetzt der autoritäre Herrscher, der alles durchsetzen kann.“ Er setze das säkulare laizistische System der Türkei außer Kraft. „Die Minderheiten werden dabei die Verlierer sein,“ so der Wissenschaftler. „Wir müssen damit rechnen, dass die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei stark ansteigen wird.“

Christiane Perthel, Sprecherin des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr über die Fortsetzung der „Tornado“-Operationen vom türkischen Stützpunkt Incirlik aus: „Die Zusammenarbeit gestaltet sich ganz professionell und problemlos. Die deutsch-türkischen Militärbeziehungen laufen weiter auf guter Basis. Das ist ein hohes professionelles Miteinander.“

Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes warnte am 29. Juli davor, den Forderungen des AKP-Regimes nach Auslieferung von Staatsanwälten und Richtern an die Türkei, die angeblich der Gülen-Bewegung nahestehen, zu entsprechen. Er warf der Türkei ein „grob rechtsstaatswidriges Verhalten“ gegen Richter und Staatsanwälte vor.

Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident, erklärte gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass der türkische Generalkonsul in Stuttgart die Landesregierung von Baden-Württemberg aufgefordert habe, Schulen und Vereine der Gülen-Bewegung zu überprüfen. „Genau das werden wir selbstverständlich nicht machen.“

Cem Özdemir (Grünen-Chef), kritisiert den türkisch-muslimischen Dachverband DITIB: „Der Ditib sieht sich als Vertreter eines fremden Staates in Deutschland – das akzeptieren wir nicht.“

Erdogan kündigt am 30. Juli per Dekret eine Verfassungsänderung an, wonach das Militär (Heer, Luftwaffe und Marine) künftig unter seiner direkten Kontrolle stehen soll. Militärschulen sollen geschlossen; eine neue Universität für Verteidigung soll gegründet werden. Erdogan will ferner den Geheimdienst dem Präsidialamt unterstellen.

Eine Verlängerung des Ausnahmezustands werde – laut Erdogan „wie in Frankreich“ – erwogen.

Seit dem Putschversuch seien seinen Angaben zufolge 18 700 Personen festgenommen worden.

Nach Angaben eines **leitenden Behördenvertreters**, der anonym bleiben wollte, hat der türkische Geheimdienst MIT bereits im Mai 2015 damit begonnen, per handy-App ByLock versendete Nachrichten von Gülen-Anhängern zu entschlüsseln. Auf diese Weise seien nahezu 40 000 Namen identifiziert worden. Eine „große Anzahl“ sei „direkt“ in den Putsch verwickelt gewesen.

(Azadi, Stand: 30. Juli 2016)

PROZESSE

Verhandlungstermine §129b-Prozessen im August

(ohne Gewähr; Termine können
kurzfristig verlegt werden)

Kenan BAŞTU, OLG Celle, Schlossplatz 2
1., 4., 8., 11., 15., 18., 22., 25. und 29. August – jeweils
um 9.00 Uhr

Ahmet ÇELIK, OLG Düsseldorf, Kapellweg 36, Düsseldorf-Hamm

15., 16., 25. und 30. August – jeweils um 9.30 Uhr

Mustafa ÇELIK, OLG Celle, Schlossplatz 2

Ab 2. August dienstags und freitags –
jeweils um 9.15 Uhr

Ali ÖZEL, OLG Stuttgart, Olgastr. 2

9., 11. und 18. August – jeweils um 9.15 Uhr

Bedrettin Kavak:

3. August, 13.00 Uhr URTEILSVERKÜNDUNG

In der Verhandlung am 27. Juli haben die Verteidiger ihre Plädoyers gehalten und Bedrettin Kavak ein Schlusswort abgegeben.

Schlusswort von Bedrettin KAVAK am 27. Juli:

**Wer über kurdische Bewegung verhandelt, sollte
Lösungsperspektive vorlegen**

In der Verhandlung am 27. Juli 2016 erklärte Bedrettin Kavak zunächst, dass der IS nun auch für Europa ein Problem geworden sei. Er sprach der Bevölkerung von Frankreich und Deutschland sowie den Hinterbliebenen der Opfer der Terroranschläge sein Beileid aus: „Ich verurteile diese Anschläge. Die Kurden erleben solchen Schmerz ständig.“

Bedrettin Kavak verwies darauf, dass die deutsche Regierung die Kurden auf Wunsch der Türkei seit Jah-

ren verfolge, obwohl sich die Sachlage geändert habe. Nach dem Militärputsch in der Türkei seien die für die Verbrechen in Kurdistan verantwortlichen und als Helden gefeierten Kommandeure zu Vaterlandsverrätern erklärt worden. Es werde eine zivile Diktatur aufgebaut. Durch den „Putsch im Putsch“ sei im Moment unklar, wer in der Türkei welche Ziele verfolge, weshalb sich auch die Definition von „Terrorismus“ täglich ändern könne. Von einer Demokratie könne keinesfalls mehr die Rede sein. „Diese Situation in der Türkei hätte von der Staatsanwaltschaft berücksichtigt werden müssen. Es reicht nicht aus, lediglich die eigene Besorgnis zum Ausdruck zu bringen, dieser Besorgnis müssen auch Taten folgen. Erschütterung hilft nicht weiter. Wir Kurden wissen am besten, was es bedeutet, solchen Intrigen ausgesetzt zu sein. Der IS tötet Kurden, verkauft kurdische Frauen auf Märkten und wird von der Türkei unterstützt. Gleichzeitig wendet sich die Türkei an Europa und fordert, den kurdischen Befreiungskampf auszumerzen.“ [...]

„Dieses Gericht muss sich Gedanken über eine Lösung der kurdischen Frage machen.“



Bedrettin Kavak umriss in seinem Schlusswort die kurdische Geschichte seit dem Abkommen von Lausanne im Jahr 1923 und führte aus, dass von kurdischer Seite alles versucht worden sei, die Umstände für einen würdevollen Frieden zu schaffen. „Ich frage daher dieses Gericht, was die Kurden tun sollen. Wenn hier über die kurdische Bewegung verhandelt wird, dann sollte das Gericht zumindest eine Lösungsperspektive vorlegen.“

Bezugnehmend auf die niederschmetternde Bilanz zu Menschenrechtsverletzungen und Repression in der Türkei erklärte er: „Ich habe gegen die Geisteshaltung dieses Staates 41 Jahre Widerstand geleistet.“ Die PKK

leiste Selbstverteidigung und niemand habe das Recht, die PKK als terroristisch zu bezeichnen, da diese seit Jahren zu Frieden aufrufe und alles dafür gegeben habe. „Ich kann nicht nachvollziehen, auf welches Verständnis sich die Anklage stützt. In Deutschland wird einer, der in Syrien mit Geköpften posiert, zu drei Jahren verurteilt. Ich dagegen soll vier Jahre bekommen.“

Die Bundesanwaltschaft hatte in der Verhandlung am 21. Juli in ihrem Plädoyer eine Freiheitsstrafe von 4 Jahren gefordert. Das Urteil wird am 3. August verkündet.

REPRESSION

Bayern schert sich nicht um Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten: Parlamentsmehrheit gibt Verfassungsschutz mehr Befugnisse

Am 7. Juli beschloss der bayerische Landtag gegen die Stimmen der Opposition eine Ausweitung der Rechte und Befugnisse des Verfassungsschutzes. Damit wird die erste VS-Landesbehörde legitimiert, auf Telefonverbindungs- und Internetdaten zuzugreifen, was bislang nur bundesweit Polizei- und Strafverfolgungsbehörden erlaubt ist. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) verteidigte das Gesetz mit dem Kampf gegen Terrorismus und Extremismus. Die Sicherheit der Menschen sei wichtiger als die Sicherheit von Daten. Er rief die anderen Bundesländer dazu auf, dem bayerischen Beispiel zu folgen.

Für die Grünen ist das neue Regelwerk verfassungswidrig, weshalb sie ankündigten, Verfassungsbeschwerden einreichen zu wollen. SPD-Rechtsexperte Franz Schindler warf der Staatsregierung vor, das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten aufzuweichen.

(ND v. 8.7.2016)

Spionage unter Freunden geht doch

Einer Bewertung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) des Bundestages zufolge sei nach Angaben der Nachrichtenagentur dpa vom Bundesnachrichtendienst (BND) eine „niedrige zweistellige Zahl von Teilnehmern“ abgehört worden, die EU-Regierungen bzw. NATO-Ländern zuzuordnen seien. Darunter befinden sich Regierungschefs, Minister und deren Umfeld sowie militärische Einrichtungen. Dabei hat der BND intensiv diplomatische Vertretungen von EU- oder NATO-Verbündeten weltweit ausgekundschaftet. Damit waren bis etwa Ende 2013 mehr als

zwei Drittel der insgesamt 3.300 Ziele im Fokus des BND. Dazu komme eine „mittlere zweistellige“ Zahl von Nichtregierungsorganisationen oder aus dem Bereich der Wirtschaft wie Luft- und Raumfahrt, Rüstung oder Medien. Laut dem PKGr-Bericht seien besonders viele Einzelpersonen betroffen – darunter deutsche Staatsbürger, die der BND eigentlich nicht observieren darf. Um wen es sich hierbei gehandelt hat gehe laut dpa aus dem Bericht nicht hervor.

(jw v. 12.7.2016)

Theorie made by Bundesregierung De Maizièr erfreut: Neue Extremismusklausel schärfer als die alte

Das Bundeskabinett beschloss am 13. Juli ein Strategiepapier „Extremismusprävention und Demokratieförderung“, das von Bundesinnenminister Thomas de Maizièr (CDU) und Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Schwesigs Angaben zufolge arbeitet die Bundesregierung mit nahezu 700 zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ unterstützt das Ministerium seit 2015 Initiativen und Gruppen, die sich „für Demokratie einsetzen“, denen in diesem Jahr 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. 2017 sollen es 74 Millionen Euro sein. Orte, wo vor „Extremisten“ gewarnt werden soll, sind u.a. Schulen, Gefängnisse und Moscheegemeinden. Hubertus Knabe, Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, kommt in einem Imagefilm des Familienministeriums zu Wort und sagt:

„Ziel des Projekts ist es, sich auch mit aktuellen Formen des Linksextremismus oder Linksradikalismus oder der linken Militanz auseinanderzusetzen.“ Er glaube, gemeinsames Merkmal aller „linksextremisti-

schen Bewegungen“ sei die Akzeptanz von Gewalt, wenn sie „für die gute Sache“ angewandt werde. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Hausprojekt Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain hatte er über Twitter verbreitet, der Verfassungsschutz warne vor Mordanschlägen durch „Linksextremisten“. Das habe er [ausgerechnet!] der BILD-Zeitung entnommen.

De Maizière erklärte, dass jedem Förderbescheid zuvor eine intensive sicherheitspolitische Prüfung

vorausgegangen sei. „Insofern ist diese neue Extremismusklausel [die frühere Ministerin Kristina Schröder hatte eine solche eingeführt, die aber wieder abgeschafft wurde, Azadi] sogar noch schärfer als die alte,“ freute sich der Innenminister. Schwesig zufolge sei von „entscheidender Bedeutung, dass im Kampf gegen Extremismus aller Couleur auch die Zivilgesellschaft noch stärker eingebunden“ werde.

(ND/jw v. 20.7.2016/Azadi)

GERICHTSURTEILE

Bundesverfassungsgericht lehnt Eilanträge zur Vorratsdatenspeicherung ab

Europäischer Gerichtshof in Luxemburg entscheidet im Herbst

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung vom 15. Juli zwei Anträge abgelehnt, die darauf abzielten, einen Stopp der Vorratsdatenspeicherung schon vor einem abschließenden Gerichtsurteil zur Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten für unanwendbar erklären zu lassen. Die Richter räumen zwar ein, dass die bloße Speicherung einen „erheblichen Einschüchterungseffekt“ haben könne wegen des Gefühls, ständig beobachtet zu werden. Andererseits habe der Gesetzgeber den Zugriff nur auf schwere Straftaten beschränkt. Das Gesetz gilt seit Ende 2015, wird derzeit jedoch noch nicht angewendet, weil den Telekommunikationsunternehmen eine Übergangsfrist für die Schaffung von Speicherkapazitäten bis Mitte 2017 eingeräumt wurde.

Die Verfassungsbeschwerden stammen von einer Gruppe von Journalisten, Anwälten und Ärzten sowie u. a. von der früheren Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie wenden sich gegen eine Speicherpflicht von zehn Wochen für Verbindungsdaten sowie von Standortdaten aus der Handynutzung von vier Wochen.

Der Europäische Gerichtshof befasst sich derzeit ebenfalls mit den Speichergesetzen in Schweden und Großbritannien. 2014 hatte der EuGH die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärt.

Am 19. Juli stellte der Generalanwalt des EuGH klar, dass das EU-Recht grundsätzlich die Speicherung von Telefon- und Internetdaten erlaube, doch müssten die nationalen Gesetzgeber für Datensammlungen strenge Verhältnismäßigkeitskriterien anlegen. Eine Vorratsspeicherung könne nur zur Bekämpfung schwerer Kriminalität gerechtfertigt werden und müsse „absolut notwendig“ sein.

Eine endgültige Entscheidung des EuGH wird für den Herbst erwartet.

(Süddt.Ztg./ND v. 16./17.7., 20.7. 2016)

Späte Reue? LKA Hamburg erklärt Spitzeinsatz für rechtswidrig

Von 2003 bis 2006 hatte die verdeckt agierende Beamtin des LKA unter dem Aliasnamen „Iris Schneider“ das Hamburger Alternativradio FSK ausgespäht. In einem ausführlichen Schreiben an das Verwaltungsgericht Hamburg erklärte nun die Rechtsabteilung des Landeskriminalamtes, dass dieser Spitzeinsatz rechtswidrig war und gegen Gesetze verstoßen habe. „Nach nochmaliger Überprüfung und Bewertung der Rechtslage ist einzuräumen, dass die verdeckte Mitarbeit der Beamtin [...] und das in diesem Zusammenhang erfolgte Betreten von Räumlichkeiten rechtswidrig waren.“ Im November 2015 hatte das FSK gegen die Bespitzelung vor dem VG geklagt. Ende 2014 wurde die verdeckte Ermittlerin enttarnt, die sowohl in den Sender als auch in das linke Zentrum „Rote Flora“ eingeschleust worden war. Durch die verdeckte Datenerhebung durch die Polizei werde „regelmäßig und intensiv in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Personen eingegriffen“, kritisierte Hamburgs Datenschutzbeauftragter Johannes Caspar, weil „heimlich – das heißt ohne Erkennbarkeit einer polizeilichen Maßnahme – personenbezogene Daten erhoben“ würden.

Geheimdiensteinsätze gegen die politische Szene in Hamburg habe Tradition, erklärte Christiane Schneider (Linke), Bürgerschaftsabgeordnete. Die Polizei pflege ein „besonders ausgeprägtes Feindbild in Richtung links“. Bedenklich sei hierbei der „Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz“, so Schneider. Auf den Einsatz verdeckter Ermittler in der Neonaziszene jedoch verzichte die Polizei ausdrücklich.

(ND v. 20.7.2016/Azadi)

ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Massentod auf dem Fluchweg nach Europa

Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind im ersten Halbjahr 2016 mindestens 3694 Flüchtende ums Leben gekommen – im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 18 Prozent. Die weltweit gefährlichste Fluchtroute ist das Mittelmeer in Richtung Europa. Allein dort wurden bis Ende Juni rund 3000 Menschen getötet, für vermisst erklärt und mehr als 2500 ertranken auf dem Weg von Afrika nach Italien. Nach den Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei sowie der Sperrung der „Balkanroute“ suchen die Fliehenden neue Wege nach Europa. Dies sei „unmenschlich“, erklärte Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linkspartei.

(jw v. 15.7.2016)

CSU-Generalsekretär: Asyl in Deutschland für politisch Verfolgte aus der Türkei

Während der ZDF-Talkshow „Maybrit Illner“ über die Situation in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch, stellte der CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer politisch Verfolgten unter Umständen Asyl in Deutschland in Aussicht. „Wir erwarten, dass Menschen kommen, die von der Herrschaft von Erdoğan und seiner Partei verfolgt werden.“ Erdoğan trete die Menschenrechte und die Pressefreiheit mit Füßen, weshalb jetzt Druck auf die Türkei ausgeübt werden müsse: „Denn so kann es nicht weitergehen, wie man in der Türkei mit dem Rechtsstaat umgeht,“, sagte er.

Auch PRO ASYL rechnet mit einem Anstieg der Asylbewerber*innen aus der Türkei. Dies gelte insbesondere für Wissenschaftler*innen und Intellektuelle, deren Existenz aufgrund von Repression und Entlassungen bedroht sei – so Bernd Mesovic gegenüber der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“.

(Azadi)

ZUR SACHE: TÜRKEI

Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) zum gescheiterten Militärputsch: AKP hat Türkei in ein antidemokratisches Land verwandelt

„[...] Bereits vor einem Jahr kam es zum Putsch von oben gegen den demokratischen Willen der Bevölkerung und die kurdische Befreiungsbewegung. Nach den Wahlen am 7. Juni 2015 bildete Erdoğan eine Allianz mit der MHP, allen faschistischen Kräften, nationalistischen Militärstrukturen in Gestalt von ‚Ergenekon‘ und Teilen der Armee. Die AKP schickte die Armee in die kurdischen Städte, um Häuser niederzubrennen und Hunderte Zivilisten zu ermorden. Außerdem erließ man Gesetze, die Soldaten vor Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen schützen. [...] Der Putschversuch beweist vielmehr, dass es in der Türkei an Demokratie fehlt. Denn derartige Bestrebungen sind nur dort möglich, wo ein autoritäres Regime sich an die Stelle eines anderen setzen will.“

Gefährlicher als der Putschversuch selbst ist, dass Erdoğan und die faschistische AKP als Verteidiger der Demokratie dargestellt werden. Der Machtkampf unter den autoritären, despotischen und antidemokratischen Kräften ist nicht der Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern der Demokratie. [...] Die Justiz ist unter Kontrolle der Politik, faschistische Gesetze wurden erlassen, eine Mehrheit des Parlaments hat die Immunität von Abgeordneten aufgehoben, Bürgermeister wurden verhaftet oder von ihren Posten abgesetzt, Tausende Politiker der HDP und DBP sind in Haft. Das ist der wirkliche Putsch.

Die Türkei wurde durch die AKP in ein monistisches, hegemoniales und antidemokratisches Land verwandelt, das sich im Chaos befindet. [...]

Der Kampf gegen das AKP-Regime darf nicht nachlassen, sondern muss intensiviert werden, um das Chaos zu beenden und eine demokratische Türkei aufzubauen.“

*(aus dem Englischen übersetzt und veröffentlicht in jw v. 18.7.2016;
kurzlink.de/KCK-statement)*

OSZE will Prozesse gegen mutmaßliche Putschisten beobachten

Der Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Michael Georg Link, will die Prozesse in der Türkei gegen mutmaßliche Putschisten beobachten und forderte Zugang zu dem Land. „Wir möchten uns selbst ein Bild von der Situation machen und mit den türkischen Behörden über die Maßnahmen sprechen, die jetzt getroffen werden“, so Link in einem Gespräch mit dem RBB-Inforadio. Bislang habe man jedoch keine Antwort erhalten. Die OSZE beobachten auch in anderen Ländern Prozesse wie auch Wahlen. Dass die Türkei die Europäische Menschenrechtskonvention teilweise ausgesetzt hat, sei ein ernstes Signal: „Die Türkei muss immer wieder daran erinnert werden, dass – nachdem Teile des Militärs versucht haben, die Lage zu verändern – es jetzt eine bittere Ironie wäre, wenn die Regierung gleichsam von oben die demokratischen Zustände verändert.“

(ND v. 22.7.2016/Azadi)

Kapitalabfluss aus der Türkei nach Verkündung des Ausnahmezustands Mit Preisbeschleunigung ist zu rechnen

„Das Risiko einer Kapitalflucht bleibt solange bestehen, bis die Maßnahmen, die während des Ausnahmezustands ergriffen wurden, klar offengelegt werden,“ sagte Özlem Drici, Chefvolkswirt beim Finanzdienstleister Deniz Investment in Istanbul. Seit Ende des Jahres 2003 haben dem Institut of International Finance

zufolge Investoren mehr als 150 Milliarden Dollar in türkische Aktien- und Anleihenmärkte angelegt.

Internationale Kapitalgeber denken jetzt verstärkt über einen Kapitalabfluss aus der Türkei nach. Seit Verhängung des Ausnahmezustands haben sich bereits zahlreiche Anleger aus dem Land zurückgezogen. Der Leitindex der Istanbuler Börse fiel stetig. Seit dem gescheiterten Putsch summiert sich das Minus auf rund 13 Prozent – der größte Kursfall in der Geschichte der Türkei. Die Ratingagentur Standard & Poor's stuft die Kreditwürdigkeit des Landes massiv herunter und droht gleichsam weitere Schritte an. Die Bank JP Morgan geht davon aus, dass im Falle einer Herabstufung der Bonität unverzüglich türkische Anleihen im Umfang von rund 10 Milliarden Dollar abgestoßen werden. Außerdem ist mit einer immensen Preisbeschleunigung zu rechnen.

(Die Welt v. 23.7.2016)

EU-Gelder für (Noch-)Beitrittskandidat Türkei

Die EU-Kommission stellt den Beitrittskandidaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien und der Türkei für die Zeit von 2014 bis 2020 einen Unterstützungsbetrag von 11,7 Milliarden Euro bereit, damit sich diese durch Reformen dem rechtsstaatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Standard der EU anpassen. Alleine die Türkei soll in dieser Zeit rund 4,45 Milliarden Euro erhalten (für den Bereich Justiz, den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus, Wahrung der Grundrechte, Umwelt, Sozialpolitik).

(ND v. 23./24.7.2016)

INTERNATIONALES

Israel: Linke NGOs müssen ausländische Finanzierung offenlegen

Zionistische Union: Aufkeimender Faschismus / Rechte Organisationen bleiben unangetastet

In Israel wurde ein Gesetz vom Parlament verabschiedet, wonach israelische Nichtregierungsorganisationen offenlegen müssen, wenn sie mehr als die Hälfte ihres Etats von ausländischen Regierungen erhalten. Einer vom Justizministerium erstellten Liste sind 27 Organisationen hiervon betroffen, 25 davon sind dem linken Spektrum zuzuordnen. Zu nennen seien bekannte NGOs wie B'Tselem oder Breaking the Silence, die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten dokumentieren bzw. Erlebnisse israelischer Soldaten veröffentlichen. „Gegner der Besatzung der palästinensischen Gebiete sollen als ausländische Agenten dargestellt werden“, sagt Zehawa Gal-On, Abgeordnete der

linksliberalen Meretz. Von einem „aufkeimenden Faschismus, der sich in unsere Gesellschaft einschleicht“, spricht Jitzhak Herzog, Vorsitzender der Zionistischen Union – ein Bündnis aus Arbeitspartei und der Kleinfraktion HaTnuah. „Das Gesetz verbietet erst einmal nichts, es betrifft jedoch Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten. Ob und welche Auswirkungen es auf die zukünftige Zusammenarbeit mit diesen Organisationen und damit auf die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wird, muss sich zeigen“, erklärte Janine Hamilton, Sprecherin der Stiftung. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich „sehr besorgt“, weil das Gesetz zu einem Klima beitrage, „in dem die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen delegitimiert“ werde. Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Bundestagslinken: „Die seit vielen Jahren schleichende Rechtswendung der israelischen Politik macht sich zunehmend auch in antidemokratischen Gesetzen bemerkbar.“

Mehrere Organisationen haben Klage vor dem Obersten Gerichtshof angekündigt.

Für großen Ärger sorgt die Einseitigkeit des Gesetzes. Auch rechte Organisationen bekommen finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, zumeist von Privat-

personen. Die Identität, die Motivation und Ziele der Geldgeber von neun großen rechten Organisationen bleiben jedoch im Dunkeln.

(ND v. 18.7.2016/Azadi)

DEUTSCHLAND SPEZIAL

Bundesregierung: Massaker an Herero und Nama war „Völkermord“

„Ich fordere die Bundesregierung auf, ihrer historischen Verantwortung während der Verhandlungen gerecht zu werden statt einseitig ihre Interessen durchzusetzen. Mit den einseitigen Statements des Sonderbeauftragten Polenz und deutschen Botschafters Schlaga von letzter Woche wird es keine dauerhafte und zufriedenstellende Lösung geben, die von allen Parteien anerkannt wird,“ sagte Niema Movassat, Abgeordneter der Linksfraktion im Bundestag. Damit sprach er die Massaker an den Herero und Nama an, die Anfang des 20. Jahrhunderts in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, anrichtete. Schätzungen zufolge haben die damaligen Truppen zwischen 1904 bis 1908 rund 90 000 Herero und Nama gezielt getötet. Erst am 10. Juli 2015 hatte der seinerzeitige Sprecher des Auswärtigen Amtes, Dr. Martin Schäfer, die Ereignisse als „Völkermord“ bezeichnet.

Diese Sichtweise teilte nun die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion: „Die diesbezüglichen Antworten des Sprechers des Auswärtigen Amtes und des Regierungssprechers spiegeln die Position der Bundesregierung wider.“ Diese Antwort ist als Neuorientierung in dieser Frage zu werten.

Am 13. Juli kündigte das Auswärtige Amt an, dass sich Deutschland offiziell bei Namibia für den Völkermord entschuldigen wolle. Zudem soll eine deutsch-namibische „Zukunftsstiftung“ gegründet und Infrastrukturprojekte wie Meerwasser-Entsalzungsanlagen errichtet werden. Von Reparationen und direkten Gesprächen mit den Nachfahren war keine Rede. Noch wird die Forderung von Niema Movassat „Die Nachfahren der Opfer dieses Völkermords gehören mit an den Verhandlungstisch“ ignoriert.

(ND v. 14.7.2016/Azadi)

Der Tod ist ein Meister aus Bayern

Mit 4,3 Milliarden Euro ist Bayern der Profiteur der deutschen Rüstungsexporte; 55 % der gesamten Waffenindustrie stammt aus dem Freistaat. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der grünen Bundestagsabgeordneten Doris Wagner. Um mehr als das Vierfache sind damit die bayerischen

Exporte im Vergleich zu 2014 gestiegen, die Zahl der Kriegswaffen gar um das Sechsfache, womit ein „unerträgliches Maß erreicht“ sei, so Wagner. Hierbei handelt es sich insbesondere um Kampfpanzer der Firma Krauss-Maffei Wegmann. 90 Prozent der Kriegswaffen sind – ausgerechnet – in Drittländer wie Saudi-Arabien oder Katar geliefert worden – achtmal so viel wie 2014. „Bayerische Rüstungsunternehmen befeuern damit Kriege und Konflikte wie den Krieg im Jemen und ignorieren massivste Menschenrechtsverletzungen“, sagte Doris Wagner.

Das Wirtschaftsministerium hingegen meinte, dass es wichtig sei, von Forschung bis zur Produktion alles in Bayern zu erhalten.

(Süddt.Ztg. v. 16./17.7.2016)

Vom Korrekturlesen in U-Haft

BKA: 511 islamistische Gefährder in der BRD

Nach dem Anschlag von Nizza wurde in Nordrhein-Westfalen ein 18-jähriger deutscher Jugendlicher festgenommen. Die Ermittler werden ihm vor, dem IS bei Übersetzungen geholfen zu haben. Er soll angeboten haben, englische, türkische und deutsche Texte auf Fehler hin zu kontrollieren. Im Juni und Juli soll er das in neun Fällen getan haben.

Damit befinden sich 81 von insgesamt durch das BKA gezählte 511 islamistischen „Gefährdern“ in Haft. Nach Angaben der Nachrichtendienste sind 820 Islamisten nach Syrien oder in den Irak gereist, um dort beim IS oder anderen islamistischen Gruppen zu kämpfen. Geschätzt werde, dass etwa ein Drittel dieser Personen wieder in die BRD zurückgekehrt sei – das wären 270 Kämpfer. In zahlreichen Fällen ist den Behörden allerdings ihr Aufenthaltsort nicht bekannt. Bei den meisten Rückkehrern wisse man laut BKA bis heute nicht „belastbar“, ob sie sich an Kämpfen im Kriegsgebiet beteiligt hätten. Das sei nur bei 70 von ihnen der Fall.

Ins Netz der Ermittler gehe stattdessen, „wer auf sich aufmerksam macht, und sei es, weil er IS-Texte zum Korrekturlesen“ empfangen, schreibt Ronen Steinke in der Süddt. Ztg. vom 16./17.7.2016.

Chile-Besuch von Bundespräsident Gauck: Botschaftsempfang mit „berüchtigtem Schläger“

Bundespräsident Joachim Gauck war mit seiner Lebensgefährtin u. a. nach Chile gereist, um der Opfer von Diktatur und Unterdrückung während der Militärdiktatur zu gedenken. Im Mittelpunkt des Besuchs stand das Folterzentrum Colonia Dignidad (CD), das von der totalitären Sekte des Deutschen Paul Schäfer geleitet wurde und eng mit dem Terrorregime von Augusto Pinochets verbunden war. Gauck sagte, dass sich Deutschland durch Verschweigen und Verdrängen schuldig gemacht habe, weil dort „Menschen entrechtet, brutal unterdrückt und gefoltert“ worden seien und der chilenische Geheimdienst dort habe „foltern und morden“ können. Angehörige der Opfer reagierten jedoch enttäuscht, weil sich Gauck zwar mit Vertretern der Zivilgesellschaft, aber nicht mit ihnen getroffen habe. Auf Kritik gestoßen war auch die Aussage von Gauck, dass Deutschland keine juristische Verantwortung an den Verbrechen der Colonia Dignidad trage mit der Folge, dass keine Entschädigung beansprucht werden kann.

Bei einem Empfang in der deutschen Botschaft dann kam es zu einem Eklat. Gauck hatte sich mit Opfern der CD fotografieren lassen. Dieses Bild wurde verschickt. Hierbei erkannte jemand Reinhard Zeitner, der 2013 in Chile wegen Beihilfe zur Kindesentführung zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Er soll u.a. Wachmann der CD gewesen sein. Weil er selber als Kind von Sektenchef Schäfer misshandelt wurde, hat er heute eine leitende Funktion in einer Opfergruppe. Florian Gallenberger, Regisseur eines Films über die Sekte und Begleiter von Gauck nannte Zeitner „einen ziemlich berüchtigten Schläger“. Bei einem Gespräch zwischen den Beiden kam es in der Botschaft zu einem Streit. Das Bundespräsidialamt zeigte sich äußerst verärgert darüber, dass dieser Mann eingeladen worden war. Auf Anfrage der Süddt. Zeitung bei der deutschen Botschaft nach den Gründen der Einladung, gab es keine Reaktion. Das Auswärtige Amt beteuerte, die Botschaft „unverzüglich“ um Aufklärung gebeten zu haben.

(Süddt.Ztg. v. 16./17.7.2016/Azadi)

CSU-Politiker hofierte faschistische „Graue Wölfe“

Martin Neumeyer (CSU), Integrationsbeauftragter der bayerischen Staatsregierung, hat angekündigt, am 16. Juli das „Internationale Sommerfest“ der „Grauen Wölfe“ in Neuaußing bei München besuchen und dort eine Festrede über Tradition und Werte halten zu wollen. Veranstalter ist das Türkische Kulturzentrum München e.V., auf dessen facebook-Seite das Symbol der türkischen Faschisten – drei Halbmonde der osmani-

schen Kriegsflagge – zu sehen ist. Links verweisen sowohl auf die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) als Mutterorganisation der „Grauen Wölfe“ in der Türkei als auch auf deren Frontorganisation Ülkü Ocakları (Idealisten-Heime). Verlinkt ist zudem der Dachverband der „Grauen Wölfe“, die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.

Zu deren Feindbildern zählen Armenier, Kurden und Juden. Die „Grauen Wölfe“ waren vor dem Militärputsch von 1980 verantwortlich für Tausende Morde an Linken und Aleviten. Heute üben sie als Angehörige von Polizeieinheiten Massaker an Zivilist*innen in Kurdistan aus.

Proteste gegen den Auftritt Neumeyers kamen von der Opposition im bayerischen Landtag. Dieser hofiere eine Bewegung, die in der Türkei am äußersten rechten Rand stehe, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Florian Ritter gegenüber der Süddt.Ztg. vom 11. Juli. Zustimmung erhielt er hingegen vom Vorsitzenden des Arbeitskreises Migration der Jungen Union München, Serdar Duran.

(jw v. 15.7.2016)

Rechtsextreme Aufmärsche seit 1990 verdreifacht

In Deutschland gab es laut Berliner Tagesspiegel die seit 1990 höchste Zahl an rechtsextremen Aufmärschen und Kundgebungen. Insgesamt seien 690 derartiger Veranstaltungen vom Verfassungsschutz registriert worden – mehr als dreimal so viele wie 2014. Rund drei Viertel der Aktionen haben demnach in Ostdeutschland stattgefunden. In diesen Zahlen nicht enthalten sind die Pegida-Demonstrationen in Dresden, weil sie nicht als rechtsextremistisch eingestuft werden. Genannt sind allerdings Veranstaltungen einiger Pegida-Ableger. Dem Bericht zufolge wurden allein 266 der Aufmärsche von der NPD organisiert.

(jw v. 15.7.2016)

Zynisch: Rekrutierung von Flüchtlingen für die Bundeswehr

Kriegsministerin von der Leyen will Flüchtlinge „integrieren“. „Die Bundeswehr ist dabei, in einem Pilotprojekt zunächst mehr als hundert Flüchtlinge in zivilen Fähigkeiten auszubilden,“ sagte sie der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Die Idee hierbei sei, „dass sie eines Tages nach Syrien zurückgehen und beim Aufbau helfen.“ Es gehe um Medizin, Technik, Handwerk und Logistik. Daran, die Flüchtlinge als Soldaten auszubilden und einzusetzen, sei nicht gedacht. Die Ausbildung von Sicherheitskräften wäre denkbar, wenn es in Syrien wieder eine verantwortungsvolle Regierung gebe.

(Süddt.Ztg. v. 25.7.2016)

